



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 25.09.2014, 16:30 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Besichtigung des Gebiets Sonnenberg Süd-West  
Busabfahrt: Rathaus, Hintereingang

---

#### **Beratungsverlauf:**

Die Besichtigung des Gebiets Sonnenberg Süd-West ist erfolgt.

TOP 2                      Rundsporthalle Ludwigsburg, Sanierung                      Vorl.Nr. 276/14  
Umkleide- und Sanitärtrakt, Kurfürstenstraße 23  
- Vergabe der Sanitärarbeiten  
- Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung  
gefassten Beschlusses

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM IIk gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss zur Vergabe der Sanitärarbeiten bekannt. Danach sei die Vergabe der Sanitärarbeiten in der Rundsporthalle Ludwigsburg an die Firma Uli Himmelein, Stuttgart, zum Angebotspreis von 175.000 Euro beschlossen worden.

TOP 3                      Umgestaltung des Synagogenplatzes - Vergabe                      Vorl.Nr. 331/14  
der Arbeiten  
- abweichender Vergabebeschluss Vorl.Nr.  
192/14  
- Bekanntgabe einer Eilentscheidung

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM IIk gibt die im Zuge der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters erfolgte Vergabe der Arbeiten zur Umgestaltung des Synagogenplatzes bekannt. Mit der Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten habe man, abweichend von der Vorl. Nr. 192/14, die Firma Lang GmbH, Ludwigsburg beauftragt.

---

**Beratungsverlauf:**

Eingangs berichtet BM **Ilk** über die stattgefundene Besichtigung des Gebietes, bei der zur Beurteilung der Höhenentwicklung Ballons angebracht gewesen seien. Darüber hinaus habe es über die Entwicklung des Gebietes Diskussionen mit den Vertretern der Bürgerinitiative als auch mit den Anwohnern gegeben. Er fährt fort mit einer Präsentation, die zunächst das geltende Planungsrecht zeige. Dieser Bebauungsplan aus dem Jahr 2001 sehe zwingend fünf Geschosse vor. Neue Ideen seien 2008 aufgekommen, woraufhin der Rahmenplan „Grünbühl-Sonnenberg“ entstanden sei. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Sonnenberg Süd-West“ sei schließlich auf der Grundlage des Abgrenzungsplanes im Mai 2010 gefasst worden. Das städtebauliche Konzept dazu wurde am 16.02.2011 beschlossen. Darauf folgten intensive Diskussionen zur Wohnungsbaupolitik im Jahr 2013, die verbunden gewesen seien mit der Forderung, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Faktoren wie der demographische Wandel und die Einkommensentwicklung forderten Reaktionen in der Wohnungsbaupolitik. Vieles sei bisher erreicht worden, bemerkt BM **Ilk** und verweist auf die Erfolge bei der Aktivierung von Bauland, die soziale Durchmischung in den Wohngebieten, die Schaffung bezahlbaren Mietwohnraums, das Mehrgenerationenwohnen, das Baulandangebot für Bauträger, die privaten Baugemeinschaften und das einheitliche Vergabeverfahren. Abschließend zitiert er aus den aktuellen Beschlüssen zur Wohnbaulandentwicklung und der darin verankerten Wohnungspolitik. Anschließend leitet BM **Ilk** über zu den aktuellen Planungen im Abgrenzungsbereich des Bebauungsplangebietes, erläutert die Vorgaben von zwei Vollgeschossen plus Dach im Vergleich zu drei Vollgeschossen plus Dach und geht auf die vorgeschriebenen Abstandsflächen ein. Die hierzu gezeigten Ansichten belegten, dass die Abstandsflächen großzügig angesetzt seien, so dass sich auch nicht das Problem der Verschattung ergebe. Um die tatsächlich zu erwartende Bebauungsdichte besser einschätzen zu können, nennt BM **Ilk** Zahlen anderer Baugebiet zum Vergleich. So läge die Vorgabe der Region bei 80 Einwohnern pro Hektar. In Ludwigsburg läge die Zahl zwischen 70 Einwohnern pro Hektar im Gebiet Jahnstraße und 200 Einwohnern pro Hektar im Gebiet Rotbäumlesfeld. Im Gebiet Sonnenberg bewege sich die Bebauungsdichte zwischen 118 Einwohnern pro Hektar im Nord-Westen und 169 im Süd-Osten. Laut der aktuellen Planung wären es im Gebiet Sonnenberg Süd-West 94 Einwohner pro Hektar. Auch die Gegenüberstellung der Flächenanteile zeige, dass die Grünflächen noch immer einen erheblichen Anteil hätten.

Herr **Burkhardt** (FB Stadtplanung und Vermessung) zeigt auf, welche Gebäudehöhen bislang im Gebiet anzutreffen seien. Dabei reiche die Skala von 5 Vollgeschossen plus Dach bis hin zu zwei Vollgeschossen plus Dach und wenigen Gebäuden mit zwei Vollgeschossen. Dies belege, dass die nun vorgelegte Planung städtebaulich durchaus vertretbar sei.

Bevor er die Aussprache eröffnet, schlägt BM **Ilk** vor, zunächst das Gespräch mit den Vertretern der Bürgerinitiative zu suchen um eventuell einen Kompromiss zu erarbeiten. Bis dahin solle die Beschlussfassung zurückgestellt werden.

Den Vorschlag von BM **Ilk** zur Einbindung der Bevölkerung finde er gut, so Stadtrat **Noz**. Aber er vermisse hier die Verlässlichkeit der Politik. Ursprünglich seien Ein- bis Zweifamilienhäuser in bester Wohnlage angedacht gewesen. Aber diese Planung habe man immer weiter aufgeweicht und das, obwohl die Grundstücke in städtischer Hand gewesen seien. Für ihn sei es zu überlegen, ähnlich wie in Neckarweihingen, eine Bürgerbefragung durchzuführen, die sicherlich zum Ergebnis hätte, von der Nachverdichtung abzusehen. Seine Fraktion plädiere deshalb dafür, die ursprünglichen Ziele des Aufstellungsbeschlusses umzusetzen und dabei immer auch die Interessen der Anwohner zu beachten.

Im Namen seiner Fraktion bedankt sich Stadtrat **Gericke** für die gute Präsentation. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass darin auch Vorschläge für die Erschließung enthalten seien. Er erinnere sich noch gut an die Diskussion im Jahr 2008 bei der man sich gefragt habe, was es brauche, um aus Sonnenberg ein zukunftsfähiges Wohnbaugebiet machen zu können. Inzwischen sei man auf einem guten Weg und das Gebiet weise eine gute Durchmischung auf. Um die Entwicklung des Gebietes in diesem Sinne weiter vorantreiben zu können, wolle seine Fraktion auch künftig keine einseitige Bebauung. Die Änderung hin zu mehr Mehrfamilienhäuser in moderatem Umfang werde grundsätzlich begrüßt, da sie eine gute Durchmischung mit sich bringe. Sicherlich gebe es noch Möglichkeiten zur Optimierung. Das Gespräch mit den Bürgern zu suchen sei in jedem Falle ein guter Ansatz. Die wohnbaupolitischen Ziele, die man gemeinsam beschlossen habe, müssten auf jeden Fall umgesetzt werden, andernfalls mache man sich unglaubwürdig.

Gut sei die ausführliche Darstellung der Sachlage und gut sei auch der Vorschlag von BM **Ilk**, so Stadträtin **Liepins**. Die Verärgerung in der Bevölkerung bzw. der Bürgerinitiative sei zumindest teilweise nachvollziehbar. Nach dem schwierigen Weg, den das Gebiet Sonnenberg zurückgelegt habe, sei es jetzt ein tolles Wohngebiet. Die Beschlüsse zur Wohnbaupolitik müssten unbedingt umgesetzt werden, zumal ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum bestehe. Die vorgelegte Planung würde die Qualität des Wohngebietes nicht verschlechtern. Trotzdem habe sie auch Verständnis für die Anwohner, die sich eine geringere Bebauungsdichte und eine niedrigere Bauweise wünschten. Es sollte deshalb geprüft werden, ob diese nicht zumindest teilweise denkbar wäre. Auf jeden Fall sei es richtig und wichtig, das Gespräch mit der Bevölkerung zu suchen. Mit Neckarweihingen könne die Situation jedoch nicht verglichen werden. Ihre Fraktion vertrete die Ansicht, dass trotz der Einhaltung der wohnbaupolitischen Ziele im Gebiet noch genügend Platz für die Bebauung mit Einfamilienhäusern sei.

Stadtrat **Seybold** kündigt an, dass sich seine Fraktion mehrheitlich den Äußerungen der CDU-Fraktion anschließe. Natürlich seien auch sie für die Umsetzung der Beschlüsse zur Wohnbaupolitik und damit für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Aber im Gebiet Sonnenberg sei hierfür nicht der richtige Platz, zumal den Anwohnern ursprünglich etwas anderes in Aussicht gestellt worden sei.

Abschließend stimmt das Gremium dem Vorschlag von BM **Ilk** zu, vor Beschlussfassung zum Bebauungsplan „Sonnenberg Süd-West“ das Gespräch mit den Sprechern der Bürgerinitiative zu suchen. Ziel dabei solle es sein, einen Kompromiss zu finden.

TOP 5

Grünbühl-Sonnenberg: Förderung der  
Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für die  
Durchführung von Ordnungsmaßnahmen,  
Gebäude Am Sonnenberg 20, 20/1, 20/2

Vorl.Nr. 296/14

---

#### **Abweichender Beschluss:**

1. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg, wird für den Abbruch des Gebäudes im Bereich Sonnenberg-Südwest, namentlich Gebäudeblock Am Sonnenberg 20, 20/1, 20/2 (Fist. 4782/2), ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von bis zu 281.536,00 Euro gewährt. Der städtische Anteil dieser Förderung beträgt 40 % (112.614,40 Euro).
2. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wird ermächtigt, mit der WBL einen entsprechenden Ordnungsmaßnahmenvertrag abzuschließen.

3. Der Abbruch ist bis zum 31.12.2016 umzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** verweist auf die Vorl. Nr. 296/14, die Herr **Scheuermann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) näher erläutert. Mit Hilfe von Städtebaufördermitteln sei im Gebiet Grünbühl / Sonnenberg in den letzten Jahren schon sehr viel erreicht worden. Um Planungssicherheit zu schaffen, rät er dazu, unabhängig von der Diskussion um die spätere Bebauung, bereits heute dem Abschluss eines Ordnungsmaßnahmenvertrages mit der Wohnungsbau Ludwigsburg zuzustimmen. Da die Fördermaßnahme Ende 2016 auslaufe müsse der Abbruch spätestens bis dahin erfolgen.

Stadtrat **Noz** unterstreicht, dass die Zustimmung seiner Fraktion zum Abschluss des Ordnungsmaßnahmenvertrags keines Falls gleichbedeutend sei mit der Zustimmung zur geplanten Bebauung, die eine Verdichtung des Gebietes darstelle.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Seybold** nach der Schaffung von Asylbewerberunterkünften im Gebiet, verweist BM **Ilk** auf die im Gemeinderat anstehenden Beratungen am 01.10.2014.

Stadtrat **Remmele** macht seine Zustimmung davon abhängig, dass der Abbruch bis spätestens im Dezember 2016 erfolgen müsse.

Mit diesem Zusatz lässt BM **Ilk** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 6                      Bauvorhaben Daimlerstraße 4/1  
- mündlicher Bericht zur Nutzungsänderung von  
bestehenden Garagen in Zimmervermietung mit  
bordellartigem Charakter

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Bericht zur beantragten Nutzungsänderung bestehender Garagen erfolgt durch Herrn **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen). Die beantragte Nutzung widerspräche den Planungszielen des vom Gemeinderat gefassten Aufstellungsbeschlusses und sei daher nicht zulässig. Bis zur Verabschiedung des Planungsrechts werde der Antrag zurückgestellt.

---

**Beratungsverlauf:**

Der Bericht zum Bauvorhaben „Hausgärten“ in Neckarweihingen erfolgt durch Herrn **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen). Zur Veranschaulichung zeigt er ein Luftbild, das den angesprochenen Bereich einschließlich der Umgebungsbebauung zeige. Da der Bereich baurechtlich nicht überplant sei, sei die Umgebungsbebauung maßgebend für die baurechtliche Zulässigkeit des Vorhabens. Inhalt der Bauvoranfrage sei der Wegfall des Gebäudes Neue Straße 22 an dessen Stelle vier Mehrfamilienhäuser entstehen sollen. Hierzu zeigt er den städtebaulichen Entwurf sowie den Schnitt aus der Bauvoranfrage. Die vorläufige baurechtliche Beurteilung ergebe, dass sich das Bauvorhaben nicht in die Umgebungsbebauung einpasse und daher nicht zulässig sei. Sehr viele Einwendungen hätten sich auch aus der Angrenzenbenachrichtigung ergeben.

Dass das Bauvorhaben eine andere Struktur habe als die Umgebungsbebauung, ließe sich, laut Stadtrat **Gericke**, bereits aus der Draufsicht erkennen. Zudem sei die Frage der Erschließung eher unbefriedigend beantwortet. Unter Umständen müsse überlegt werden, hier einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Schritt wäre nach Ansicht von Stadträtin **Liepins** ohnehin sinnvoll. Frühere Planungsüberlegungen hätten sich bisher immer eher auf eine kleinteilige Bebauung beschränkt. Schwierig sei in der Tat die Erschließung, speziell bei dem vorgelegten Bauvorhaben.

Diesen Aussagen stimmt Herr **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen) zu. Abschließend sagt er daher zu, dass diese Argumente zusammen mit den durchaus berechtigten Einwendungen aus der Angrenzenbenachrichtigung geprüft würden um dann dem Gremium einen auf die Beschlüsse zur Baulandentwicklung abgestimmten Vorschlag machen zu können.

---

**Beschluss:**

1. Der in Anlage 1 beigefügten Stellungnahme zum Nahverkehrsplan wird zugestimmt.
2. Bei der Finanzierung des ÖPNV wird der Landkreis aufgefordert, sich im Stadtverkehr mit 75 % an kommunalen Zubestellungen bis zum Status quo zu beteiligen, darüber hinaus mit 50 %.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Albrecht** (ÖPNV) verweist auf die Vorl. Nr. 238/14 und erklärt, dass man auf die Ausgabe des kompletten Nahverkehrsplans mit mehreren 100 Seiten verzichtet habe und stattdessen nur die für Ludwigsburg wichtigen Punkte zusammengefasst worden seien. Anhand eines Schaubildes stellt er das bisherige sowie das geplante Finanzierungsmodell vor und erläutert die Unterschiede. Er weist darauf hin, dass das neue Modell sicherlich rechtskonform sei aber auch gewisse Spielräume lasse. Welche Auswirkung es auf Ludwigsburg habe und welche Varianten es gebe, werde in der Vorlage dargestellt. Er zitiert aus der Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg an den Kreis, die ebenfalls der Vorlage beiliege. In ihrer Kritik am Nahverkehrsplan beziehe man sich dabei vor allem auf die übergeordneten Aufgaben der Stadt Ludwigsburg als Mittelzentrum als auch auf den Zweifel an den erhobenen Zahlen, die dem Modell I zu Grunde lägen.

Stadtrat Thomas **Lutz** setzt sich dafür ein, Bestehendes zu erhalten, da weniger Busverbindungen auf keinen Fall zugestimmt werden könnten. Dies müsse gegenüber dem Kreis durchgesetzt werden. Wenn auch die von der Verwaltung berechneten 800.000 Euro Mehrkosten sehr hoch seien, so stehe seine Fraktion trotzdem geschlossen hinter dem Vorschlag, davon nach wie vor ausgenommen seien etwaige Überlegungen zur Stadtbahn.

Stadtrat **Gericke** hätte sich zur besseren Beurteilung noch mehr Auszüge aus dem Nahverkehrsplan gewünscht. Ganz klar sei aber für seine Fraktion, dass in der Zukunft noch viel mehr für den ÖPNV gemacht werden müsse und deshalb die bloße Erhaltung des Status quo noch zu wenig sei. Er regt an, in diesem Bereich neue Ideen zu entwickeln. Für einen attraktiven ÖPNV in Ludwigsburg müsse auf jeden Fall Einsatz gezeigt werden.

Der Begriff des Basisangebots, wie er im Nahverkehrsplan verwendet werde, sei nach Auffassung von Stadträtin **Liepins** nur sehr schwer zu definieren, zumal die Erhebungen hierzu nur schwer nachvollziehbar seien. Sie spricht sich dafür aus, dass zumindest der Status quo erhalten werde, was ohne finanzielle Beteiligung wohl nicht machbar sei. Ihre Fraktion unterstütze daher den Vorschlag der Verwaltung.

Im Namen seiner Fraktion drückt Stadtrat **Rothacker** seine Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung aus. Auch sie seien der Auffassung, dass zumindest der Status quo erhalten werden müsse. Da er durch die in den Randgebieten hinzukommenden Verbindungen befürchte, dass dies mancherorts zu Leerfahrten und dafür im Bereich Ludwigsburg zu fehlenden Verbindungen führe, hoffe er darauf, dass der Nahverkehrsplan in seiner jetzigen Fassung noch veränderbar sei.

Abschließend bedankt sich BM **Iik** für die Unterstützung und kündigt an, dass zur Durchsetzung der Interessen der Stadt Ludwigsburg das Gespräch mit den Kreisräten gesucht werde. Dann lässt er über die Vorl. Nr. 238/14 abstimmen.

TOP 9

Neugestaltung Reithausplatz, Kronen- und Kirchstraße (südliches Umfeld Marstallcenter)  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16.07.2014

Vorl.Nr. 273/14

---

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen am Reithausplatz. Weiter informiert er über das dort eingeplante Mobiliar.

Vorgesehen seien seniorengeeignete Sitzmöglichkeiten, zusätzliche Fahrradständer und Spielmöglichkeiten neben den Bäumen, wobei die genaue Auswahl dafür noch nicht feststünde.

Stadträtin **Dr. Knoß** bedankt sich dafür, dass die Anregungen aufgenommen worden seien und erklärt den Antrag Vorl. Nr. 273/14 im Namen ihrer Fraktion damit für erledigt.

TOP 10                      Rückbau von 2 Stellplätzen in der Stuttgarter  
Straße  
- Bericht zur Schaffung eines Vorbereichs und  
Vorfahrtsfläche für das Scala

---

#### **Beratungsverlauf:**

Einleitend begründet BM **Iik** das Vorhaben damit, dass die Schaffung eines Vorbereichs und einer Vorfahrtsfläche für das Scala den Eingangsbereich schönere und gleichzeitig die Sicherheit erhöhe.

Zur Veranschaulichung der aktuellen Situation zeigt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) Fotos und informiert über die Planung. Hiernach sollen zwei der dort vorhandenen Stellplätze rückgebaut und die Randsteine entfernt werden. Stattdessen werde der Plattenbelag bis hin zur Straßenfläche verlegt und diese durch herausnehmbare Poller abgegrenzt. Die Kosten der Maßnahme würden auf ca. 12.000 bis 15.000 Euro geschätzt und lägen damit innerhalb der Verwaltungszuständigkeit, weshalb heute lediglich darüber informiert werde.

Nach Auffassung von Stadtrat **Noz** sei die Gesamtmaßnahme ohnehin schon zu teuer, so dass er seine Zustimmung auch nicht gegeben hätte.

Stadträtin **Steinwand** hingegen begrüßt die Maßnahme als einen guten Vorschlag. Sie regt an, in einem nächsten Schritt auch den Ehrenhof zu gestalten.

Für die Maßnahme gebe es außerdem auch noch einen brandschutztechnischen Grund, informiert Stadtrat **Rothacker**, da dadurch ein Fluchtweg bzw. Sammelplatz geschaffen werde.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Remmele** erklärt Herr **Kohler**, dass die bereits bestehenden Bäume erhalten blieben.

Den Einwurf hinsichtlich des Ehrenhofes beantwortet BM **Iik** mit dem Hinweis auf die baurechtliche Situation der dort vorhandenen Stellplätze. Eine ausführliche Information hierzu werde aber noch erfolgen.

TOP 11                      Mörike-Gymnasium (Altbau), Umbau                      Vorl.Nr. 300/14  
Naturwissenschaften  
- Grundsatzbeschluss  
- Vergabe Fachklassenausstattung Physik

---

#### **Beschluss:**

1. Der Umstrukturierung und Modernisierung der Physikräume im Mörike-Gymnasium wird

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 25.09.2014

zugestimmt.

2. Der Vergabe der Fachklassenausstattung an die Fa. Wesemann GmbH, Döbichauer Straße 1, 04435 Schkeudiz mit einer verfügbaren Summe von 155.000 EUR einschl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

|   | Gewerk                 | Firma   | Verfügbare Summe<br>inkl. 19 % MwSt.<br>(Auftragssumme 10 %) |
|---|------------------------|---|--|
| 1 | Fachklassenausstattung | Fa. Wesemann GmbH,<br>Döbichauer Straße 1,<br>04435 Schkeudiz | 155.000 EUR  |

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Liepins

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist auf die Vorl. Nr. 300/14, die er näher erläutert. Er berichtet über die Ausschreibung und deren Ergebnisse und begründet die Vergabeempfehlung der Verwaltung.

Stadtrat **Link** bemängelt, dass keine Firma aus dem näheren Umfeld berücksichtigt wurde, woraufhin Herr **Weißer** erklärt, dass es sich bei der Ausstattung von Fachklassenräumen in der Regel um Spezialfirmen handle.

Abschließend stellt BM **Iik** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 12

Sporthalle der Grundschule Hoheneck  
- Antrag der Stadträte Kreiser (CDU) und Daferner  
(SPD) vom 31.07.2014

Vorl.Nr. 289/14

---

### Beratungsverlauf:

BM **Iik** informiert über die Vorl. Nr. 289/14 und erinnert in diesem Zusammenhang an die bereits stattgefundenen Beratungen und Gespräch zur Sanierung der Schulsportanlage Hoheneck. Er stellt die Vorwürfe aus der Presse hinsichtlich der angeblich schlechten Informationspolitik vor allem gegenüber dem Stadtteilausschuss richtig und macht deutlich, dass die heutige Sitzung die erste Gelegenheit sei, um die Angelegenheit öffentlich zu diskutieren. Er betont, dass eine Beteiligung

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 25.09.2014

der Bürger seinerseits unbedingt gewollt sei.

Stadträtin **Kreiser** bemängelt, dass zumindest der Sportverein sehr spät involviert worden sei. Die geplante Sanierung sei mit 1,9 Mio. Euro veranschlagt aber bringe tatsächlich keinerlei Mehrwert. So werde die Maßnahme von der Hohenecker Bürgerschaft nicht gewollt. Wahrscheinlich habe es im Vorfeld doch am notwendigen Informationsaustausch gefehlt. Werde die Sanierung jetzt wie geplant durchgeführt, so gleiche dies einer Festschreibung für die nächsten 30 Jahre. Dies sei auch im Hinblick auf die Schulerweiterung nicht gut. Deshalb werde beantragt noch einmal zu prüfen, ob die Sanierung tatsächlich durchgeführt werden solle.

Stadtrat **Gericke** erinnert daran, dass seine Fraktion dieser Maßnahme, losgelöst von der Betrachtung der Ganztagesbetreuung an dieser Schule, von Anfang an sehr kritisch gegenüber gestanden habe. Er zitiert aus der Niederschrift des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 11.12.2013 und bittet um Aufnahme im Protokoll der heutigen Sitzung: „Stadträtin Steinwand regt an, die Entwicklung der Schule zum Ganztagesbetrieb bei der Sanierung im Sinne einer multifunktionalen Gestaltung zu berücksichtigen.“ Das Gegenargument sei damals gewesen, dass dies die Maßnahme zu sehr verzögern würde zumal die Halle stark sanierungsbedürftig sei. Da nun aber auch von anderer Seite Zweifel an der damaligen Entscheidung aufkämen, sei seine Fraktion die letzte, die sich dagegen stelle die Prüfung noch einmal aufzunehmen. Was er allerdings bezweifle, sei die Möglichkeit einen Neubau zum selben Preis wie die Sanierung der Halle bekommen zu können. Deshalb bitte er die Verwaltung um eine Stellungnahme hierzu. Wenn es aus Hohenecker Sicht möglich sei, die Maßnahme zu verschieben, so sollte sie unbedingt unter dem ganzheitlichen Gesichtspunkt noch einmal geprüft werden, wenn dies auch zum dem Ergebnis führen könne, dass deutlich mehr Geld investiert werden müsse um das zu erreichen, was tatsächlich notwendig und sinnvoll sei.

Dieser Aussage schließt sich Stadtrat **Juraneck** für seine Fraktion an. Nicht nachvollziehbar sei aber die Aussage, dass der Stadtteilausschuss nicht informiert gewesen sei. Er wundere sich auch über den späten Zeitpunkt des Umdenkens. Schließlich müsse doch von Anfang an klar gewesen sein, dass durch die Sanierung kein neues Raumprogramm entstehen könne. Werde die Maßnahme aber trotzdem jetzt gestoppt, so müsse man sich im Klaren darüber sein, dass das bisher investierte Geld verloren sei. Seiner Einschätzung nach müssten für einen Neubau mindestens drei Millionen Euro veranschlagt werden. Aus seiner Sicht gebe es jetzt zwei mögliche Lösungen. Zum einen sei dies die Fortsetzung der Sanierung mit der Option, die aufgetauchten Probleme im Zuge der Schulerweiterung zu lösen und zum anderen sei es der Maßnahmenstopp. Dann allerdings müsse man sich bewusst sein, dass es mit dem Neubau noch sehr lange dauern könne und solange die Halle in ihrem jetzigen Zustand sicherlich nicht nutzbar sei.

Stadtrat **Seybold** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass die Sanierung der Halle eingestellt werden solle, zumal eine neue Halle ihrer Einschätzung nach mit ca. 2,5 Millionen Euro realisierbar sein müsste. Er wolle wissen, wie hoch die Planungskosten seien, die dann übernommen werden müssten.

Stadtrat **Lettrari** drückt sein Unverständnis darüber aus, dass die Maßnahme jetzt gestoppt werden solle und damit in Kauf genommen werde, dass das bisher investierte Geld verloren sei. Er spricht sich deshalb dafür aus, mit der Sanierung fortzufahren.

Anschließend geht Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) auf die Fragen ein und spricht zunächst die marode Technik der Deckenstrahlheizung an, die nicht mehr zu reparieren sei. Da es kein Notprogramm für den Fall gebe, dass diese Technik ausfalle, könne keine verlässliche Prognose über die verbleibende Nutzungsdauer angestellt werden. Für die beschlossene Sanierung sei die Werkplanung bereits fertiggestellt und die Ausschreibung durchgeführt. Er rechne deshalb mit rund 200.000 Euro Honorarkosten, die bei einem Maßnahmenstopp verloren gingen. Außerdem widerspricht er der Aussage, dass durch die geplante Sanierung keinerlei Verbesserung erreicht werde. Tatsache sei lediglich, dass dem zwischenzeitlich gemeldeten Bedarf nicht vollumfänglich entsprochen werden könne. Einen

Hallenneubau für 1,9 Millionen Euro halte er für unrealistisch. Stattdessen müsse mindestens von 3 bis 3,5 Millionen Euro, im Falle einer Zweifelhalle sogar von 4 Millionen Euro, ausgegangen werden.

Es schließt sich eine Diskussion über eine mögliche Verrechnung der bereits angefallenen Honorarkosten sowie über die zu erwartende Nutzungsdauer der vorhandenen Halle an.

Aufgrund der Erkenntnisse, die sich neu aus der Diskussion ergeben hätten, greift **BM Iik** den Vorschlag von Stadträtin **Kreiser** auf und sagt mit Zustimmung des Gremiums eine erneute Beratung in circa vier Wochen zu. Der Tagesordnungspunkt wird daher auf die Sitzung des Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 23.10.2014 verlagt.

---

TOP 13                      **Belagssanierung am Neckartalweg**  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Den Bericht zur Belagssanierung des Neckartalweges gibt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen). Demnach sei der Neckartalweg eine wichtige Radwegeverbindung, dessen Belag jedoch teilweise schadhaft sei. Hierzu zeigt er Fotos sowie einen Lageplan und nennt die zu erwartenden Herstellungskosten der einzelnen Abschnitte. Die notwendigen Mittel in Höhe von 280.000 Euro seien im Radwegbudget enthalten. Es werde daher vorgeschlagen, jetzt die Ausschreibung zu veranlassen um dann ab Mitte November die Arbeiten durchführen zu können. Entsprechende Gespräche mit den Nachbarkommunen seien bereits geführt worden.

Stadtrat **Lutz**, Stadtrat **Gericke** und Stadträtin **Liepins** bekunden die Zustimmung ihrer Fraktionen.

---

TOP 14                      **Kundenbefragung beim Bürgerbüro Bauen**                      Vorl.Nr. 297/14

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen) informiert über die Ergebnisse der Kundenbefragung im Bürgerbüro Bauen, die sehr zufriedenstellend seien. Mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation führt er die Vorl. Nr. 297/14 aus und betont die besondere Leistung, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bürgerbüro Bauens erbracht werde.

Die Vertreter der Fraktionen anerkennen diese Leistungen und sprechen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihren besonderen Dank aus. Sie bestätigen den sehr guten Eindruck, den das Bürgerbüro Bauen bei den Kunden hinterlasse und freuen sich über die positive Außenwirkung.

---

TOP 15                      **Überarbeitung des Indikatorenset zum**                      Vorl.Nr. 332/14  
**Stadtentwicklungskonzept "Chancen für**  
**Ludwigsburg" - Paket 1**  
**(Vorberatung)**

---

---

### **Empfehlungsbeschluss:**

Das am 25.03.2009 beschlossene Indikatorenset wird fortgeschrieben. In einem ersten Paket werden die Indikatoren zu den Masterplänen Attraktives Wohnen (MP 1), Lebendige Innenstadt (MP 5), Grün in der Stadt (MP 7) sowie die allgemeinen Indikatoren entsprechend der Darstellung in Anlage 1 angepasst und befüllt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

In seinem Wortbeitrag lobt Stadtrat **Noz** die Fortschreibung des Indikatorensets, das er mit dem früher geführten statistischen Jahrbuch vergleicht. Es lasse sich daran gut die Entwicklung ablesen und sei außerdem positiv für den Rückblick und die anzustrebende Weiterentwicklung. Mit den Veränderungen erkläre sich seine Fraktion einverstanden.

Stadtrat **Gericke** erkundigt sich, wie das Blühende Barock in der Darstellung der räumlichen Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen bewertet werde. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass das bloße Erhalten des Grünflächenanteils von 40 qm pro Einwohner unter Umständen nicht ausreiche sondern ausgebaut werden müsse. Insgesamt beurteilt er die Fortschreibung des Indikatorensets als richtig und wichtig.

Herr Geiger (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt zu, dies als Anregung mitzunehmen.

Abschließen ruft BM **Iik** die Vorlage zur Abstimmung auf.